

Was bestimmt die Anziehungskräfte von EU und Euro?

Kleine und eher schwache Länder treten bei / In der Währungsunion nehmen die Fliehkräfte zu / Von Renate Ohr

Der Sommer dieses Jahres könnte auf den ersten Blick als eine Erfolgsphase im europäischen Integrationsprozess bezeichnet werden. Zum 1. Juli ist die Europäische Union durch Kroatien auf 28 Mitglieder angewachsen. Zugleich haben die EU-Finanzminister im Juli dem Beitritt Lettlands zur Eurozone endgültig zugestimmt, so dass die Europäische Währungsunion zum 1. Januar 2014 18 Teilnehmer zählen wird.

Ein zweiter Blick zeigt jedoch, dass die europäische Integration und der mit ihr verbundene ökonomische Nutzen in der öffentlichen Diskussion mehr als je zuvor in Frage gestellt werden. So zeigt das letzte "Eurobarometer", in dem die EU-Kommission die öffentliche Meinung in den EU-Staaten abfragt, im Frühjahr 2013 unter anderem folgende Ergebnisse: "Vertrauen gegenüber der EU" haben mittlerweile nur noch 31 Prozent der befragten Europäer (2007 waren es noch 57 Prozent), und ein "positives Bild" von der EU bestätigen nur noch 30 Prozent (2007 waren es noch 52 Prozent).

Darüber hinaus hat der britische Premierminister David Cameron im Januar sogar angekündigt, dass in Großbritannien ein Referendum stattfinden solle, um über den Verbleib in der EU zu entscheiden. Der Austritt aus der EU ist zwar seit dem Vertrag von Lissabon (2009) offiziell möglich, doch solche konkreten Austrittsüberlegungen sind neu.

Bezüglich der Europäischen Währungsunion (EWU) wird der Austritt bereits häufiger diskutiert. Schon vor Jahren thematisierten einige italienische Politiker diese Option. Aktuell wird ein Austritt gelegentlich in Hinblick auf die derzeitigen Krisenländer der Eurozone gefordert, etwa von der Partei "Alternative für Deutschland". Zugleich zeigt sich, dass einige prinzipiell schon "eurofähige" Länder wie Großbritannien, Schweden, Dänemark und Polen dem Euro auf absehbare Zeit nicht beitreten wollen.

Warum zeigen sich einige Länder somit zunehmend distanziert, während andere nach wie vor den Anschluss an die EU beziehungsweise an die Eurozone anstreben? Der Blick auf Kroatien und Lettland lässt vermuten, dass es derzeit vorrangig sehr kleine und wirtschaftlich schwache Länder sind, die sich noch Vorteile aus der Mitgliedschaft in der EU beziehungsweise EWU versprechen. Für größere und wirtschaftlich stärkere Länder dagegen scheint es nicht mehr so attraktiv zu sein.

Kleine Länder haben einige typische ökonomische Nachteile. Diese zeigen sich in einem sehr engen heimischen Absatzmarkt, begrenzten Ressourcen, einer hierdurch notwendigerweise großen außenwirtschaftlichen Offenheit und damit auch Abhängigkeit gegenüber den Handelspartnern sowie geringer wirtschaftlicher und politischer Macht. Diese Nachteile können durch die Mitgliedschaft in der EU deutlich verringert werden. EU-Mitglieder erhalten Zugang zu einem großen Binnenmarkt und damit sowohl breite Absatzmöglichkeiten für die eigenen Produkte als auch einen leichteren Bezug von Vorleistungen, Finanzkapital oder auch Humankapital. Zugleich erfahren sie politischen Rückhalt durch die Gemeinschaft, erwerben aber auch

Mitspracherecht bei Entscheidungen, von denen sie sonst oft auch außerhalb der EU mit betroffen wären. Ist das kleine Land zudem ein Nettoempfänger im Rahmen der EU-Regional- und Strukturpolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik, so verstärkt dies die positiven Anreize für einen EU-Beitritt. Durch die Aufnahme in den Euroraum kann ein kleines Land zudem - nach den bisherigen Erfahrungen mit der Euro-Krise - eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erwarten, falls es in eine Schuldenkrise gerät.

Während die Umverteilung innerhalb der gesamten Europäischen Union im Zuge der EU-Regionalpolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik durch den auf maximal 1,24 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens begrenzten EU-Haushalt limitiert ist, sind die möglichen Transfers in der Währungsunion durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sehr viel höher. Hinzu kommt dort noch der mögliche Ankauf von Staatsanleihen überschuldeter Staaten durch die Europäische Zentralbank in unbegrenzter Höhe. Hieraus ergeben sich weitere finanzielle Risiken für alle Eigenkapitalgeber der EZB.

Der Beitritt kleinerer, ökonomisch schwächerer Staaten in die EU bedeutet für die schon existierende Gemeinschaft - trotz gewisser Transferzahlungen - aber vor allem positive Effekte aus dem weiter vergrößerten Binnenmarkt. Die Integrationsgewinne aus der Öffnung nationaler Güter- und Faktormärkte gegenüber den Anbietern und Nachfragern weiterer Partnerstaaten dominieren hier.

Je mehr instabile Länder aber die Eurozone belasten, umso unkalkulierbarer werden die Zahlungsrisiken für die solideren Mitglieder dieses Währungsraums. Die Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder driftet immer weiter auseinander, falsche Anreize forcieren die Verschuldung, indem weiterhin verhindert wird, dass die Länderrisiken vollständig in die Renditen einfließen. Der Versuch, die Währungsgemeinschaft zusammenzuhalten, wird immer teurer - letztlich aber auch für die geschwächten Länder, die irgendwann um eine reale Abwertung nicht herumkommen. Wird dies innerhalb der Eurozone erzwungen, bedeutet dies sehr schmerzhaft Lohn- und Preisanpassungen nach unten. Hieraus ergeben sich mittelfristig zunehmend zentrifugale Kräfte, die entweder die Krisenländer oder die wirtschaftlich starken Länder aus der Währungsgemeinschaft treiben.

Während Austritte von Krisenländern aus der Währungsunion die verbleibende Eurozone und ihre Anziehungskraft stabilisieren könnten, würden Austritte aus der EU dagegen die Integrationsgewinne der übrigen Länder deutlich verringern. Um das Erfolgsprojekt Europäische Union zu bewahren, gilt es somit, das erfolgreiche Fundament der EU, nämlich den Binnenmarkt, wieder deutlicher in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und klar von den krisenhaften Entwicklungen der Währungsunion abzugrenzen. Nur dann kann die Europäische Union ihre Anziehungskraft auch gegenüber großen und starken Volkswirtschaften erhalten. Auch dies belegt das Eurobarometer: Als "positivste Errungenschaft der EU" bezeichneten 32 Prozent den Frieden in Europa, 29 Prozent immerhin den Binnenmarkt, aber nur 8 Prozent den Euro.

Renate Ohr ist Professorin für Wirtschaftspolitik an der Universität Göttingen.